

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/38
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Freimut Duve MdB setzt sich mit dem Vorwurf der Geschichtslosigkeit auseinander: Tapfer im Sattel des Karussellgauls.

Seite 1

Hans Gottfried Bernrath MdB kommentiert Zimmermanns Bericht zur Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst: Mangelhaft.

Seite 4

Dokumentation:

Die Welt von chemischen Waffen befreien - Diese Forderung stellten die Teilnehmer einer Konferenz von Wissenschaftlern und Politikern am Wochenende in Mainz. Ihren Aufruf veröffentlichen wir im Wortlaut.

Seite 5

41. Jahrgang / 112

18. Juni 1986

Tapfer im Sattel des Karussellgauls

Gelegentliche Gedanken zum Vorwurf unserer Geschichtslosigkeit

Von Freimut Duve MdB

1. Die Dame macht sich rar. Allenthalben wird ihre Anwesenheit dringlich gefordert. Kommissionen werden gebildet, um ihrer habhaft zu werden. Architekten planen Grundrisse für ihre Unterkunft. Wo von ihr gesprochen oder wo sie erwähnt wird, da leuchten die Augen im bitteren Entbehnungsschimmer. Die Deutschen, die Bundesdeutschen zumal, verehren und entbehren ihre Madame l'Identite, Mrs. Identity, Frau Identität. In der Regel sind es Herren der gehobenen Stände, die sich die Haare raufen nach der Entschwundenen. Von der jüngsten Nachricht angedeutet ist sie zwar noch fern am Horizont, aber immerhin schon gesichtet.

Warum brauchen wir sie gerade jetzt und warum so nah am deutschen Herzen? Angeblich ist sie die weise Fee, deren Berührung uns bringt, was uns so gräßlich abhanden kam: Die Erinnerung. Einer unserer neuen Meisterhistoriker brachte es in einem Leitartikel der „FAZ“ auf den Punkt: „Im Land ohne Erinnerung ist alles möglich... Der gewinnt im geschichtslosen Land die Zukunft, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt, die Vergangenheit deutet.“ (Michael Stürmer „FAZ“, 25. April 1986) In dieser Deutlichkeit haben wir Sozialdemokraten der Bundesregierung nie unterstellt, sie wolle politischen Nutzen ziehen, wenn sie sich um staatlich initiierte historische Einrichtungen kümmert. Dieser Kommentar von Michael Stürmer läßt sich wie ein Programm lesen: Laßt uns die Erinnerung okkupieren und sie gewinnen, wenn nicht die Zukunft, so doch die Wahl.

Sind wir aber ein geschichtsloses Land, wie Stürmer und seine Kollegen diagnostizieren? Spielt die Erinnerung in unserem öffentlichen Leben eine so geringe Rolle?

Kein Tag vergeht im Deutschen Bundestag, an dem nicht wenigstens ein Redner auf die Last der Vergangenheit zu sprechen kommt. Wir sind eher geschlagen mit Erinnerungen. Geschichtslose Deutsche? Wir haben die Erinnerung an Kriege, an zerstörte Städte. Wir erinnern in unseren Institutionen an die sozialen Kämpfe des 19. Jahrhunderts. Wir sind in einem Ausmaß geschichtsbewußt, das bei anderen Völkern

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht unter
der Aufsicht des
Bundestagspräsidenten
Dr. Günther Kasper



eher Erstaunen weckt. Allerdings, wir sind zurückhaltend mit Symbolen. Wir sind vorsichtig mit Symbolen. Wir sind vorsichtig mit dem Begriff der Nation. Wir sind zuversichtliche Internationalisten. Aber doch nicht aus Mangel an Geschichte, sondern aus den stets gegenwärtigen geschichtlichen Erfahrungen, die nach wie vor trotz aller Technokratie das Leben mitbestimmen. Wer Geschichte vermißt und Geschichtsbewußtsein mobilisieren möchte, wer die Identität beschwört, will doch etwas anderes: Es geht nicht um Geschichte, sondern um die Nation, um die Geschichte des Nationalstaats und seiner Symbole. Die Restauration eines Nationalgefühls - modern natürlich, entfernt davon, chauvinistisch zu sein - scheint die treibende Kraft hinter dem Beschreiben unserer Geschichtslosigkeit.

II. Ist das Interesse an Geschichte denn wirklich so gering? Fast ohne Zutun der Fachhistoriker ist in der Bundesrepublik eine Geschichtsbewegung entstanden, auf die weder die konservativen Politiker noch ihre Haushistoriker eingehen. Es geht anscheinend nicht um den Disput, um die kritische Auseinandersetzung, sondern um die Nähe zur Macht, die über die Geschichtsbilder bestimmen möchte. Die Zunft scheint sich für die Bewegung der neuen Geschichtswerkstätten zum Beispiel nicht sonderlich zu interessieren. Wer mangelndes Geschichtsbewußtsein beklagt, wie die Führung der Union, muß Auskunft geben über die Gründe des eigenen skandalösen Desinteresses an historischer Diskussion: Zu keinem der drei diskutierten Vorhaben

- dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,
- dem Historischen Museum in Berlin,
- dem Mahnmal in Bonn

hat die Unionsfraktion im Bundestag Stellung bezogen. Die Sozialdemokraten haben auf ganztägigen Anhörungen die Experten und Betroffenen und natürlich Historiker befragt; die historische Kommission der SPD hat Fachtagungen veranstaltet. Bei der Union herrscht Desinteresse und Schweigen. Die Deklamation und Grundsteinplanung der Regierenden scheint den angeblich geschichtsbesseren Christdemokraten zu genügen. Würden sie sich kümmern, wüßten sie, wie breit historisches Interesse in der Bundesrepublik vorhanden ist. Sie hätten sich doch längst geäußert zu den erstaunlichen Entwicklungen der letzten Jahre.

Allüberall sind hierzulande lokale Geschichtswerkstätten entstanden. Initiativen, die sich auf die Suche nach der Geschichte von unten machen oder nach den Spuren der Nazis in ihrem Ort. Auf den Jahrestagungen der Geschichtswerkstätten in Berlin und Hamburg wurden viele hundert Teilnehmer gezählt: Eine bunte Mischung aus Laien, Fachhistorikern, privaten Spurensicherern, die auf Tonband die „Oral History“, die mündliche Überlieferung festhalten. Ja, auch die Kritik und Selbstkritik an und in dieser Bewegung haben ein hervorragendes Niveau erreicht (vgl. Klaus Hartung, Die Erbschaft der Enkel, „TAZ“ vom 9. Juni 1984, und Alfred-Georg Frei, Tango und Theoriearbeit, „Journal für Geschichte“, 5/85).

Nein, die These von der neuen Geschichtslosigkeit ist falsch. Es ist eher das überhöhte Selbstwertgefühl deutscher Historiker, die sich trotzig als neue Sinndeuter anbieten. Wer Stürmer und seine Kollegen aufmerksam liest, wird nicht mit Treitschke-Vorwürfen kommen. Auch die konservativen Historiker haben gelernt, wie verhängnisvoll sich die eigene Zunfttradition ausnimmt. Immerhin waren es deutsche Historiker, die sich als Herolde des Nationalstaats, als Trompeter für die nationale Größe, ja für den Anspruch auf Weltgeltung hervortaten. Davon sind die Historiker der Gegenwart, nehmen wir die fliegenden Händler der Apologetika wie Diwald und ähnlich einmal aus, weit entfernt. Und doch mischt sich in diese Suche nach Identität, die über Geschichtsbewußtsein vermittelt werden mußte, ein bedenklicher Ton. Hans Mommsen hat darauf in einer längeren Stellungnahme zum Historischen Museum in Berlin hingewiesen. Was wir als Vorzüge ansahen im neuen europäischen Konzert, was überwunden schien - der Bezug auf den Nationalstaat: Heute wird der Verlust unreflektiert bedauert.



Dabei geht es natürlich auch um Methodisches. Das mag die Leidenschaft der Historiker bleiben. Gegen „die mächtige Mode szientistischer Daseinsdeutung“ (Stürmer) mag anreizen, wer tapfer im Sattel des Karussellpferdes thront. (Nebenbei, was Historiker noch alles niederkartärischen müssen, wenn die ganze Wucht der informationstheoretischen Daseinsdeutung, wie sie die Genforschung propagiert, die Humanwissenschaften treffen wird - wir warten es mit Spannung ab.)

Daß Nationen mit ihrer Zerstückelung zwar am Ende, aber nicht zuende sind, über diese Erkenntnis sind wird nun schon alle zu Polen-Spezialisten geworden.

- iii. Wir wollen uns gerne streiten über Geschichtsbewußtsein und die neu/alte sinnstiftende Priesterrolle der Historiker, auch jener, die sich als Volks- und Regierungsberater hervortun. Aber das sollte mit offenen Karten geschehen. Wer Geschichtsbewußtsein sagt, aber Nationalbewußtsein meint, wer von Geschichtskennntnissen spricht, aber den künstlichen Seelenschauer auf der Rückenhaut meint, wer Gefühle vermißt, aber von mangelnden Kenntnissen spricht, der spielt mit falschen Karten. („Das Symbol der Fahne wird von den Jüngeren wieder begriffen.“ Helmut Kohl)

In der Diskussion über das geplante Mahnmal in Bonn abstrahierte der Fraktionsvorsitzende der Union, Dr. Dregger, das Gedenken an „unsere Toten“ geradezu ins Totenkultische. Nichts mehr von genauer Kenntnis der Geschichte. Namen und Verbrechen, Gruppen der Opfer sollten nicht erinnert werden. Im Tode sind alle vereint, abstrakt, geschichtslos - entleerte Symbolik: „Es muß auch einen Platz geben, an dem wir ohne volkspädagogische Absichten nur eines tun: den Millionen Toten, die zu Opfern der Kriege und unrechtmäßiger Gewalt wurden, unseren Respekt und unsere Ehrfurcht zu bekunden“ (Dregger am 25. April 1986 im Deutschen Bundestag).

Ist nicht genau dies auch eine - allerdings falsche - volkspädagogische Absicht? Geschichte im Symbol zu entleeren? Wenn das Michael Stürmer meinte, als er von der Verführbarkeit der Geschichtslosen schrieb in seinem FAZ-Leitartikel, dann hätten wir da eine unerwartete Schützenhilfe für unsere Position, wir treten ein für die schmerzhaft genaue Genauigkeit: „Eine irreal abstrakte Trauer, die nur Gefühle wachriefe, aber keine Erinnerung, wäre eine erneute Mißachtung derjenigen, die in unseren Diskussionen ungenau als Opfer bezeichnet werden. Nein, Erinnerung muß konkret sein, so schmerzhaft konkret, so verletzend präzise, daß dem der Atem stockt, der plötzlich wahrnimmt, was da alles im Fenster seiner Erinnerung auftaucht.“ (Duve, 25. April 1986, im Deutschen Bundestag). Ginge es nach Dregger und Kohl, dann soll Geschichte nicht zur Erinnerung verhelfen, sondern zum historischen Sentiment.

Wenn sonst wenig bei uns Deutschen, dann hat dies Tradition: „Deutsches Geschichtsbewußtsein pflegte sich in der Tat immer wieder dadurch auszuzeichnen, daß es reale Gegebenheiten entweder ausklammert oder überhöht“ (Rudolf von Tadden, „Das schwierige Vaterland“ in „Die Identität der Deutschen“, herausgegeben von Werner Weidenfeld, München 1983, S. 51). Helmuth Plessner hat - für das Kaiserreich - die Gefahren dargestellt, die aus solchem Verlegenheitshistorismus erwachsen. Er konstatierte einen Zusammenhang zwischen der offenkundigen Traditionslosigkeit des neugeschaffenen Reiches und dem Bedürfnis nach geschichtlicher Rechtfertigung, die „eigentümliche Verbindung von Traditionsangel und Überbetonung von Geschichte als Legitimationsersatz“ (zitiert bei Rudolf von Tadden, a.a.O., S. 54). Die Neokonservativen und die Wendepolitiker der Union kündeten kurzatmig und unter selbsterzeugtem Zeitdruck von einer Restauration des Geschichtsbewußtseins.

Wieder einmal könnte die gefährliche Melange entstehen, die Plessner im Kaiserreich ausgemacht hatte: Gefühle anstelle von Erinnerungen, Symbole als Identitätsersatz. Wer Politiker und Kirchenfürsten anderer Völker in jüngster Zeit beobachtet hat, wie sie das historisch neue Medium Fernsehen für solche inhaltsbefreite Symbolik für solche Schauerstunden des Gefühls zu nutzen verstehen, der wird vorsichtiger umgehen mit dem gefährlichen Stoff, aus dem die (nationalen) Träume sind. Geschichte, Geschichtsbewußtsein? Ja. Kenntnisse, Interesse, Kritikbewußtsein, historischer Disput, all das brauchen wir. Aber Mahnstätten, Museen, die gar die Vielfalt der Deutung als alzu unverbindlich ablehnen? Dagegen sollten sich zuallererst die Historiker selber wehren. (-/18.6.1986/vo/ru)



Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst

Der Bericht des Bundesinnenministers zu diesem Thema ist mangelhaft

Von Gottfried Bernrath MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Am 1. August 1984 trat das Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, mit dem die Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung im öffentlichen Dienst ausgeweitet wurde, in Kraft. Bei Verabschiedung des Gesetzes wurde die Bundesregierung mit einer Entschließung des Deutschen Bundestages aufgefordert, bis zum 1. Juni 1986 einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen der Gesetzesänderung vorzulegen.

Dieser nunmehr erstellte Bericht macht deutlich, daß die Zahl der Teilzeitbeschäftigten und Beurlaubten im öffentlichen Dienst weiter angestiegen ist, ohne allerdings Auskunft über die Entwicklung des Umfangs der Teilzeitarbeit und der Beurlaubung zu geben.

Die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen des Gesetzes sind mäßig: Einerseits hat sich in dem Berichtszeitraum im wesentlichen nur die allgemeine Tendenz der Ausweitung von Teilzeitbeschäftigungsstellen im öffentlichen Dienst fortgesetzt. Andererseits zeigt sich, daß Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung - gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Zahl der Arbeitslosen - nur einen verhältnismäßig bescheidenen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes leisten.

In der Bundesverwaltung wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums circa 3.000 Neueinstellungen ermöglicht. Etwa die gleiche Zahl an Neueinstellungen wurde von den Ländern Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland zusammen erreicht. Für Baden-Württemberg, Bremen und Schleswig-Holstein fehlen Angaben. Nur Nordrhein-Westfalen ragt mit 3.680 Neueinstellungen aufgrund der Neuregelung aus dem Kreis der übrigen Länder heraus.

Diese (unvollständigen) Zahlen werden in dem Bericht andererseits gleichzeitig in Frage gestellt, indem auf ihre mangelnde Vergleichbarkeit aus verschiedenen Gründen hingewiesen wird. So bleibt es letztlich offen, inwieweit die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung ausgeschöpft wurden, um die Arbeitslosigkeit durch einen Beitrag des öffentlichen Dienstes zu bekämpfen. Der Bericht zeigt ferner, daß die Akzeptanz des sogenannten Altersurlaubs gering ist, ohne daß die Bundesregierung versucht, den Ursachen im einzelnen nachzugehen. Zum Beispiel könnte sich der jetzige Versorgungsabschlag nachteilig auswirken.

Leider geht der Bericht mit keinem Wort auf die Versorgungsregelung bei Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung ein, die in den parlamentarischen Beratungen des Gesetzes ausführlich erörtert wurde. Es ging unter anderem auch um die Frage, inwieweit die Akzeptanz der Neuregelung durch Versorgungsabschläge gemindert wird. Verfassungsrechtliche Bedenken sind zudem nachträglich angemeldet worden, weil die Teilzeit- und Beurlaubungsregelung zu dem Ergebnis führen kann, daß ein Beamter, der mehr und länger arbeitet als ein anderer, dennoch einen geringeren Ruhegehaltssatz erhält. Nicht unproblematisch ist auch, daß die Höhe des erreichten Ruhegehaltssatzes in der Regel erst beim Eintritt in den Ruhestand genau feststellbar ist.

Diese Versorgungsprobleme werden in dem Bericht nicht behandelt, obgleich die Bundesregierung erst im Februar 1986 auf entsprechende Schriftliche Anfragen im Bundestag angekündigt hat, daß „in diesem Bericht auch zum Versorgungsabschlag und zu den arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen näher Stellung genommen wird“.

Der Bericht bedarf mithin der Ergänzung in Detailfragen, damit abschließend beurteilt werden kann, inwieweit die Gesetzesänderung vom August 1984 die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hat und ob gegebenenfalls gesetzliche Korrekturen erforderlich sind. Die SPD-Bundestagsfraktion wird auf eine gründliche Beratung des Berichtes drängen.
(-/18.6.1986/vo/ru)



DOKUMENTATION**Die Welt von chemischen Waffen befreien**

Eine internationale Konferenz „Für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa“, die am Wochenende in Mainz stattfand, forderte die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zur Produktion und Stationierung neuer US-amerikanischer C-Waffen zurückzuziehen. Die Teilnehmer der Konferenz, die vom DGB Rheinland-Pfalz, der SPD-Rheinland-Pfalz, der Friedensinitiative im Gesundheitswesen Mainz und den Naturwissenschaftlern für den Frieden Mainz veranstaltet wurde, verabschiedeten folgenden Appell.

Auf ihrer Frühjahrstagung vom 22. Mai 1986 in Brüssel haben die NATO-Verteidigungsminister grünes Licht für die Produktion neuer chemischer Waffen durch die USA gegeben - der sogenannten Binärwaffen. Der Beschluß kam gegen Einwände der Regierungen von sechs NATO-Ländern zustande. Dabei spielte, wie schon bei vielen Aufrüstungsentscheidungen der NATO, die uneingeschränkte Befürwortung der Bundesregierung die entscheidende Rolle. Diese Haltung der Bundesregierung steht im eklatanten Widerspruch nicht nur zu ihren allgemeinen Versprechen „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“, sondern auch zu ihren Erklärungen, wonach es ein „vorrangiges Ziel deutscher Rüstungspolitik“ bleibe, „den weltweiten Abbau der chemischen Waffen voranzutreiben“. Die Bundesregierung begibt sich damit auch in Gegensatz zu weltweiten Forderungen nach Beseitigung der chemischen Waffen. So hat die außerordentliche Vollversammlung der UNO zu Fragen der Abrüstung 1978 in ihrem Schlußwort „das vollständige und wirksame Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen wie ihre Vernichtung als eine der dringlichsten Abrüstungsmaßnahmen“ bezeichnet. Im Aktionsprogramm der Palme-Kommission wird als eine kurzfristige Maßnahme ein „Abkommen über die Errichtung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa“ und als mittelfristige Maßnahme der Abschluß eines umfassenden Abrüstungsvertrages für chemische Waffen vorgeschlagen.

Chemische Kampfstoffe sind in ihren Wirkungen barbarisch. Ihr Einsatz widerspricht dem Völkerrecht. Das Beharren auf ihrem weiteren Besitz ist weder moralisch noch militärisch zu rechtfertigen. Weltweit wächst daher die Unruhe über die Gefahr eines Einsatzes chemischer Waffen. Noch in diesem Jahr kann die Produktion der binären chemischen Waffen in den USA beginnen. Mit C-Waffen lassen sich C-Waffen nicht abschrecken, sie lassen sich auch nicht als eine sogenannte Repressalie gebrauchen. C-Waffen sind für die Verteidigung der amerikanischen Staaten ohne jede Bedeutung. Sie eignen sich nur für Formen der Kriegsführung wie sie die Vereinigten Staaten nicht befürchten müssen. Sie sind also für potentielle Kriegsschauplätze außerhalb der USA bestimmt. Die Entscheidung für neue binäre chemische Waffen ist eine Entscheidung für einen mit Giftwaffen geführten möglichen Krieg in Europa.

Die Produktion neuartiger binärer chemischer Waffen ist eine rüstungspolitische Maßnahme von außerordentlicher Tragweite. Sie kann unter anderem zum Bruchigwerden der B-Waffen-Konvention von 1972 beitragen. Wenn neue C-Waffen erst einmal in der Bundesrepublik stationiert sind, wird es kaum mehr die Möglichkeit der Überprüfung geben, weil die beiden Komponenten dieses Giftgases für sich produziert und für sich gelagert kein Giftgas sind. Sie werden erst in der Granate, in

Mit dem Rahmen für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa, der von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der SPD und der SED ausgearbeitet und am 19. Juni 1985 veröffentlicht wurde, liegt ein konkreter Vorschlag zur C-Waffen-Abrüstung vor. Die Bundesregierung hat bisher alle Initiativen zur Verwirklichung dieses Rahmens mit dem Verweis auf die multilateralen Verhandlungen über ein weltweites und umfangreiches Verbot chemischer Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz zurückgewiesen. Ihre Zustimmung zur Produktion der binären Waffen läßt ihr Interesse an einem umfassenden Verbot chemischer Waffen unglaubwürdig erscheinen. Die Errichtung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa wäre ein entscheidender und auch praktikabler Teilschritt auf dem Weg zur Schaffung einer Welt ohne chemische Waffen.

Um der Gefahr einer neuen Aufrüstungsrunde im Bereich der chemischen Waffen zu begegnen und zur wirklichen Abrüstung in diesem Bereich überzugehen, fordern wir von der Bundesregierung:

- Die Zustimmung zur NATO-Streitkräfteplanung vom 22. Mai 1986 und die damit verbundene Zustimmung zur Produktion und Stationierung binärer chemischer Waffen zurückzuziehen. Die Bundesregierung muß unzweideutig erklären, daß sie die Stationierung binärer Waffen in der Bundesrepublik unter keinen Umständen - auch nicht in einer „Krise“ oder im sogenannten „Eventualfall“ - zulassen wird.
- Die USA müssen zum sofortigen und raschen Abzug aller heute in der Bundesrepublik gelagerten chemischen Waffen aufgefordert werden. Entgegen allen anderslautenden Behauptungen bilden die Giftlager eine akute und ernste Gefahr für die Bevölkerung.
- Die Bundesregierung muß die gemeinsame Initiative von SPD und SED für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa aufgreifen und unverzüglich in Verhandlungen über ihre Verwirklichung eintreten.

Erst die Erfüllung dieser Forderungen kann der Behauptung der Bundesregierung Glaubwürdigkeit verleihen, daß sie an einem weltweiten und umfassenden Verbot chemischer Waffen interessiert ist und sich konstruktiv an den entsprechenden Verhandlungen im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz beteiligt.

Die Teilnehmer der Mainzer Konferenz vom 14. und 15. Juni 1986 werden unermüdlich für das Ziel arbeiten, die Welt von chemischen Waffen zu befreien. (16.6.1986/vo/rs)

* * *